

Satzung

über die 1. Änderung des Bebauungsplanes "Große Zelg"

Nach § 10 und § 13 BauGB in der Fassung vom 08. Dezember 1986 (BGBl. I., S. 2253), § 74 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 08. August 1995 (GBl. S. 617), in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 03. Oktober 1983 (GBl. S. 577), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. Dezember 1995 (GBl. 1996 S. 29) hat der Gemeinderat der Stadt Wehr am 10. September 1996 die 1. Änderung des Bebauungsplanes "Große Zelg" als Satzung beschlossen.

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

Der Geltungsbereich für die Bebauungsplanänderung umfaßt die Grundstücke Flst.-Nr. 1664/1, 7666, 7667, 1990/1 und 1920, Gemarkung Wehr.

§ 2

Bestandteile der Satzung

Die Bebauungsplanänderung besteht aus

1. Plan vom 30.05.1996
2. Begründung vom 10.07.1996

§ 3

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 75 LBO handelt, wer den aufgrund von § 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 74 LBO getroffenen Festsetzungen des Bebauungsplanes zuwiderhandelt.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Bebauungsplanänderung tritt mit der öffentlichen Bekanntmachung nach § 12 BauGB in Kraft.

Wehr, den 11. September 1996

Der Bürgermeister:



Bebauungsplanänderung
vom 10. SEP. 1996



nach § 13 Baugesetzbuch

Begründung

zur 1. Änderung des Bebauungsplanes "Große Zelg"

I. Bereich der Änderung

Von der Änderung werden die Grundstücke Flst.-Nrn. 1664/1, 7666, 7667, 1990/1 und 1920, Gemarkung Wehr, betroffen.

II. Ziele und Zwecke der Planänderung

Die geplante Änderung des Bebauungsplanes soll aus Gründen der Rechtssicherheit erfolgen. Im Bereich des Mettlerweges ist hierzu eine geringfügige Änderung der Grenze des Bebauungsplanes notwendig. Im Bereich der Seebodenstraße soll mit der Änderung klargestellt werden, daß der Feldweg, welcher als westliche Abzweigung von der Seebodenstraße bisher im Bebauungsplan enthalten ist, nicht der Erschließung des Baugebietes "Große Zelg" dient. Daher wird die Grenze des Bebauungsplanes zur Klarstellung entlang der Oberkante der Straßenböschung der Seebodenstraße festgesetzt. Damit wird auch die private Grünfläche westlich der Verlängerung der Seebodenstraße aufgehoben.

Durch diese geringfügige Verkleinerung des Plangebietes werden die Grundzüge der Planung nicht berührt. Die Änderung kann daher im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB erfolgen.

III. Kosten

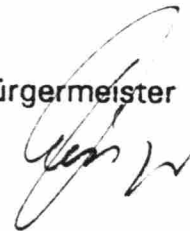
Durch die Änderung entstehen keine Kosten.

IV. Bodenordnung

Bodenordnende Maßnahmen sind keine erforderlich.

Wehr, den 10. Juli 1996

Der Bürgermeister



Bebauungsplanänderung

vom 10. SEP. 1996



nach § 13 Baugesetzbuch

VERFAHRENSÜBERSICHTBeschluß des Gemeinderates zur
Änderung/Erweiterung des Beb.Planes23.07.1996

Bürgerbeteiligung nach § 3 BauGB

-

Offenlegungsbeschluß

-

Bekanntmachung

-

Öffentliche Auslegung

vom -
bis

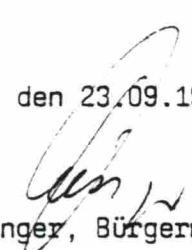
Satzungsbeschluß

10.09.1996Genehmigung/
Anzeige nach § 11 BauGB-

In Kraft getreten am:

20.09.1996

Wehr, den 23.09.1996


Denzinger, Bürgermeister

Bebauungsplanänderung

vom 10. SEP. 1996

nach § 13 Baugesetzbuch

